

Reformen sind überfällig

Wolfgang Steiger

bezeichnet steigende Beiträge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesichts überzogener Ausgaben als nicht vermittelbar.

ARD und ZDF klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, um eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags um 58 Cent auf 18,94 Euro durchzusetzen. Dabei argumentieren die öffentlich-rechtlichen Sender, dass ohne diese Mehreinnahmen ihr verfassungsrechtlicher Auftrag gefährdet sei.

Sicher ist es der bequemste Weg, erneut mehr Geld von Bürgern und Staat zu fordern als vor der eigenen Haustür zu kehren, Strukturen wie Programme zu straffen und sich auf die Suche nach Einsparpotentialen zu machen. Die Ausgabenstruktur der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist jedoch exzessiv und überladen – das erhöht nicht nur den finanziellen Druck, sondern stellt am Ende auch die Legitimation des gesamten Systems infrage.

Qualitätsjournalismus ist ganz sicher eine unverzichtbare Säule unserer Demokratie und erfordert eine nachhaltige Finanzierung. Doch diese muss auch mit einer politischen und gesellschaftlichen Legitimation einhergehen, die sich aus Akzeptanz und Relevanz speist. Dieses Verhältnis ist bei den öffentlich-rechtlichen Sendern schon lange nicht mehr gegeben. Die Inhalte, die sie derzeit anbieten, erreichen längst nicht mehr die gesamte Bevölkerung, sondern bestätigen vielfach nur eher linke



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

Minderheiten. Das ist eine klare Verfehlung ihres verfassungsrechtlichen Auftrags. Zudem verschließen sich ARD und ZDF den veränderten Nutzungsgewohnheiten der Bevölkerung. Lineare Fernsehprogramme verlieren immer mehr an Bedeutung, während interaktive und digitale Formate immer relevanter werden. Doch statt sich zukunftsorientiert aufzustellen, verharren die Sender in überholten Strukturen.

Auch aus ordnungspolitischer Perspektive ist das öffentlich-rechtliche System in seiner jetzigen Ausprägung überholt. Die überbordende öffentliche Finanzierung verschafft den Sendern eine herausgehobene Marktposition, die den Wettbewerb, insbeson-

dere gegenüber Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen massiv verzerrt. Dieser enorme Marktvorteil ist weder gerechtfertigt noch fördert er Innovation. Im Gegenteil: Ohne zusätzlichen Druck durch Konkurrenz – klassischen Wettbewerb – fehlen den Anstalten die Anreize, ihre Strukturen zu modernisieren und effizienter zu wirtschaften.

Die Lösung liegt in umfassenden Reformen. Es ist notwendig, das Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender zu verschlanken, Kosten zu sparen und gleichzeitig die Relevanz zu erhöhen. Der Reformstaatsvertrag der Rundfunkkommission bietet bereits vielversprechende Ansätze, wie etwa die Reduktion der Hörfunkwellen von 70 auf 53 oder eine stärkere Digitalisierung der Inhalte. Zudem muss darüber nachgedacht werden, eine externe Aufsicht über die Verwendung der Rundfunkbeiträge einzurichten, um Transparenz und Effizienz zu gewährleisten. Damit könnten sich die Sender wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren: unabhängige und qualitativ hochwertige Berichterstattung.

Statt zu klagen, müssen ARD und ZDF endlich Verantwortung übernehmen und belastbare Reformvorschläge präsentieren. Nur so können sie das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen und die Akzeptanz ihres Finanzierungsmodells sichern. Alles andere ist ein Schritt in die falsche Richtung.